



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 16. Dezember 2013

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2014

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach zahlreichen Feiern und Festveranstaltungen ist jetzt zum Jahresende 2013 wieder der Alltag im Kreistag eingekehrt. Wir diskutieren und verabschieden den Haushaltsplan 2014, der unter günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erstellt werden konnte. Hierzu zählt ein Wirtschaftswachstum, das im Gegensatz zu vielen Ländern der Euro-Zone ein positives Vorzeichen aufweist. Wir haben eine Arbeitslosenquote, die aktuell bei 3,5% und damit nochmals etwas günstiger als im Vormonat liegt. Nicht zuletzt blicken wir auf erfreuliche Steuerkraftsummen, die höher als in den Vorjahren sind. Damit besteht die Möglichkeit, weiterhin eine Vielzahl von Projekten anzugehen, die in Zeiten knapper Kassen nicht oder nur ansatzweise realisierbar wären. Solche Projekte gibt es ja durchaus Einige in unserem Landkreis. Vom Ausbau der Breitbandversorgung bis zum Neubau der Strassenmeisterei, vom „Naturschutzgrossprojekt“ bis zur Umsetzung des Demografiekonzepts ist im Landkreis sehr viel in Bewegung.

Die Bearbeitung der neuen Projekte - aber auch die ganz normale Routinearbeit - wird dabei von Mitarbeitern geleistet, die mit Abstand der wichtigste Faktor für eine gute Bearbeitung der Aufgaben sind. Deshalb sollte es auch Niemanden ernsthaft beunruhigen, dass die Personalkosten ein wesentlicher Kostenblock im Verwaltungshaushalt des Landkreises sind. Die Steigerung um 1,8 Mio. € auf ca. 38,7 Mio. € mag zwar zunächst als bittere Pille erscheinen. Aber die Bevölkerung unseres Landkreises wird dafür auch zukünftig eine Leistung bekommen, die für ein funktionierendes Gemeinwesen in weiten Bereichen unverzichtbar ist. Wir haben vor diesem Hintergrund kein Problem damit, gewisse Kostensteigerungen zu akzeptieren. Vielmehr besteht aus unserer Sicht die eigentliche Problematik darin, dass auf Basis von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Lohnquote in Deutschland ständig zurückgeht. Die Produktivitätsfortschritte und die gesteigerte Wertschöpfung landen deshalb immer weniger in der Lohntüte der Be-

beschäftigen. Dies birgt in vielerlei Hinsicht Sprengkraft und geht weit über den Personalkostenanteil einer Landkreisverwaltung hinaus. Im Kern betrifft dies die gesamte Volkswirtschaft und verdüstert im Übrigen auch die Zukunftsperspektiven der Euro-Zone.

Beim Stichwort Zukunftsperspektiven denken Sie sicher an wirtschaftlichen Erfolg und an den Einsatz modernster Technologien. In diese Kategorie fällt auch das Breitbandprojekt im Schwarzwald-Baar-Kreis, das unter dem Aspekt der Zukunftssicherung ganz vorne steht und demnächst in die Hände eines Zweckverbands übergehen wird. Bei Netto-Gesamtkosten von kreisweit ca. 250 Mio. €, einer angenommenen Anschlussquote von maximal 62,5% und einer Amortisationszeit bis ca. 2050 wird dieses Projekt ein erheblicher Kraftakt werden. Nicht nur für den Zweckverband und die beteiligten Gemeinden, sondern insbesondere auch für die zukünftigen Kunden. Ich möchte daran erinnern, dass ein relevanter Anteil der Bevölkerung schon heute Mühe hat, die Monatsraten der Mobilfunkverträge zu begleichen. Bei spezifischen Kosten von 1250 € pro Kreiseinwohner stösst der Wunsch nach der Glasfaser deshalb schnell an finanzielle Grenzen. Hinzu kommt, dass die echten Gesamtkosten der Glasfasernutzung selbstverständlich um Einiges über diesem Betrag liegen werden. Es gibt aber auch eine technische Seite: Die Miniaturisierung, der exzessive Einsatz mobiler Endgeräte und eine zukünftig noch weit leistungsfähigere Funktechnik werden dem FTTB - Modell vielleicht auch technologisch einen Dämpfer versetzen. Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ist zwar grundsätzlich sinnvoll. Insbesondere dann, wenn es um die Verfügbarkeit eines leistungsfähigen „Backbone“ geht. Aber die Gleichung „Glasfaser = Zukunftssicherung“ wäre dann doch etwas zu schlicht gestrickt. Entscheidend wird sein, welche Wertschöpfung und welche Effekte – und dazu zählen leider auch Verdrängungs- und Negativeffekte (!) - mit einem Breitbandnetz insgesamt generiert werden. Bei einer Folgenabschätzung wird oft übersehen, dass Investitionen in solchen Bereichen bestenfalls notwendig, aber noch lange nicht hinreichend für eine erfolgreiche Entwicklung einer Region sind. Ideenreichtum, kluge Konzepte und Visionen und die Tatkräft der Menschen vor Ort sind mindestens gleichrangige Faktoren. Zur Zukunftssicherung gehört jedenfalls weit mehr als die Verfügbarkeit von schneller Kommunikationstechnik.

Damit möchte ich auf die Demografiestrategie überleiten, die im laufenden Jahr bereits kreisweit diskutiert wurde. Wir freuen uns, dass dieser Prozess in Gang gekommen ist, weil er genau da ansetzt, wo wir die entscheidenden Stellschrauben sehen: Denn auch hier geht es vor allem um die Menschen, um die Bewältigung der grossen Transformationsprozesse, die durch die Veränderungen in den Bevölkerungs-, aber auch in den Wirtschaftsstrukturen ausgelöst werden. Es würde jedenfalls deutlich zu kurz greifen, wenn die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Umwälzungen lediglich als Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung betrachtet würden. Es ist deshalb gut, dass eine umfassende Diskussion stattfindet, aus der zukünftig vermutlich

noch zahlreiche Massnahmen abgeleitet werden müssen. Es wird beispielsweise neue Anforderungen in den Bereichen Raum – und Siedlungsplanung geben. Der Vorrang der Innenentwicklung, die deutliche Ausweitung des barrierefreien Bauens, die Sicherstellung der Nahversorgung im ländlichen Raum, niederschwellige Hilfs- und Betreuungsangebote und die Förderung einer nachhaltigen Mobilität sind einige weitere Beispiele für das, was zukünftig anstehen wird. Es wird darauf ankommen, in enger Abstimmung mit den Gemeinden und der gesamten Bevölkerung den Landkreis so weiterzuentwickeln, dass möglichst viele Menschen hier ihre Zukunft sehen. Wenn uns das gelingen sollte, können wir der Zukunft etwas gelassener entgegensehen.

Doch zurück von den Visionen der Zukunft zu den konkreten Fakten der Gegenwart: Im Vermögenshaushalt sind für das Jahr 2014 annähernd 20 Mio. € eingestellt. Das ist aufgrund der in diesem Jahr geleisteten Sonderzahlung an das Klinikum ein deutlicher Rückgang. Im Bereich des Verwaltungshaushalts muss hingegen ein Ausgabevolumen in Höhe von 237 Mio. € abgedeckt werden, was einer Steigerung von 5,1% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Grösster Anteil am Verwaltungshaushalt hat mit 48% bekanntlich der Bereich der sozialen Sicherung. Mindestens zwei Dinge erscheinen uns hierbei besonders bemerkenswert:

1. Die Kosten der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ werden ab 2014 vollständig vom Bund übernommen. Obwohl diese Leistung nicht der grösste Block bei den Sozialausgaben darstellt, bringt diese Regelung angesichts der deutlichen Steigerungsraten eine nachhaltige Entlastung für den Landkreis. Das ist positiv.
2. Die Eingliederungshilfe für Behinderte soll durch ein sogenanntes „Teilhabeleistungsgesetz“ abgelöst werden. Die Intention dabei war, dass der Bund zukünftig möglichst sämtliche Kosten übernehmen sollte. Angesichts von Gesamtausgaben in diesem Bereich in Höhe von mehr als 25 Mio. € und einer Steigerungsrate von mehr als 12% gegenüber dem laufenden Jahr wäre hier eine effektive Entlastung des Landkreises mehr als dringlich. Die soeben veröffentlichte Berliner Koalitionsvereinbarung lässt jedoch darauf schliessen, dass lediglich der zukünftige Ausgabenanstieg von Seiten des Bundes abgefedert wird. Das ist schade.

Da auch die anderen Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung wie z.B. die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ oder die Ausgaben im Bereich der „Jugendhilfe“ langfristig deutlich über der allgemeinen Kostensteigerung liegen, sollten wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass sich der Bund zukünftig noch stärker an den entsprechenden Kosten der Landkreise beteiligt. Sonst wird die Kreisumlagediskussion absehbar noch weit mehr an Schärfe gewinnen.

Grosser Konsens besteht im Kreistag zumeist im Bereich von „Schule und Bildung“. Auch im kommenden Jahr werden hier wieder beträchtliche Mittel bereitgestellt: 1,2 Mio. für die Gewerbeschule Villingen-Schwenningen und 0,9 Mio. € für die Landesberufsschule. Das ist gut so. Beim Internat der Landesberufsschule sollten wir jedoch auf die Veränderungen der Nutzerbedürfnisse reagieren und die Wohnbedingungen anpassen. Die Grundsatzentscheidung wird dabei lauten: Entweder eine komprimierte und kompromisslos auf Effizienz getrimmte (dafür aber tendenziell kostendeckende) Unterbringung. Oder aber ein gehobener Standard mit aufgelockerter Belegung, der dafür aber bei der Gebührenkalkulation nicht mehr kostendeckend darstellbar sein wird.

Das mit Abstand wichtigste Projekt im Bildungsbereich wird in absehbarer Zukunft jedoch der regionale Schulentwicklungsplan sein. Auch wenn der Landkreis bei den Schulen in kommunaler Trägerschaft nur indirekt betroffen ist, werden die Abstimmung mit den Kommunen und die Neuausrichtung auf die zukünftigen Anforderungen noch viele Überlegungen und Diskussionen auslösen. Wir erwarten gerade auch im Interesse der Schulen in Kreisträgerschaft, dass diese Diskussionen ernsthaft und engagiert angegangen und Entscheidungen keinesfalls auf die lange Bank geschoben werden.

Im Verkehrsbereich zeigen sich divergierende Entwicklungen. Einerseits gilt im Bereich der Kreisstrassen mittlerweile ganz klar der Vorrang von „Erhalt“ vor „Neubau“, was wir sehr begrüssen. Wir können alle im Haushaltsplan vorgesehenen Projekte mittragen. Auch bei den aktuell für den neuen Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Projekten wird verbal sehr stark auf „Sanierung und Unterhalt“ abgehoben. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass ein sehr grosser Teil der Investitionen dann doch in Neutrassierungen, in Umgehungsstrassen, in die Umwandlung von zwei- in mehrspurige Bundesstrassen und ähnliche Projekte fliessen. Abgesehen von der ökologischen Problematik wird dabei übersehen, dass der „Berliner Strassenbautopf“ angesichts der aufgelaufenen Projekte einen vollkommen ungenügenden Inhalt hat. Wir sollten deshalb gut überlegen, ob wir mit kurzsichtigen Maximalforderungen und Resolutionen teure Provisorien auf Jahrzehnte hinaus in Kauf nehmen wollen. Der Dögginger Tunnel in Kombination mit der Gauchach - Brücke sollten uns hierbei eigentlich ein mahnendes Beispiel sein.

Der Begriff „Dögginger Tunnel“ hat in letzter Zeit noch ein zweites Klangbild bekommen. Man muss den Begriff nur mit dem Wort Eisenbahn ergänzen und schon hat man die entsprechende Stelle im Haushaltsplan: Mit 535 m Länge steht dieser „Dögginger Eisenbahn-Tunnel“ im Eigentum der Bundesbahn und befindet sich wie alle derartigen Anlagen in sicherheitstechnischer Obhut des Eisenbahnbundesamtes. Als altehrwürdiges Bauwerk stellt er einen Engpass bei der geplanten Elektrifizierung der Strecke dar. Es ist zu vermuten, dass wir im Zuge der weiteren Planungen auch zukünftig Mehrkos-

ten präsentiert bekommen, die das Projekt dann am Ende schlimmstenfalls auf dem Abstellgleis enden lassen werden. Wir bitten deshalb die Kreisverwaltung und auch den ZRF nochmals eindringlich darum, dass die weiteren Gespräche und Abklärungen mit der DB, deren Planern und Tochterfirmen maximal professionell und zudem restriktiv geführt werden. Mögliche Risiken, Nachtragslücken und Einfallstore für Kostensteigerungen müssen von unseren Vertretern bereits im Vorfeld zuverlässig identifiziert und streng unter Kontrolle gehalten werden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Das Projekt ist grundsätzlich sinnvoll. Das Umfeld und die möglichen Kostensteigerungen sind jedoch hoch riskant.

Auch was den Betrieb und die generelle Weiterentwicklung des strassen- wie schienengebundenen ÖPNV anbetrifft, gibt es sowohl Licht wie auch Schatten. Licht deshalb, weil der Ringzug gut angenommen wird und auch das Busnetz fortlaufend optimiert wird. Zuletzt beispielsweise mit der Anbindung des Zentralklinikums oder zukünftig mit den geplanten Verbesserungen im Bereich Tannheim, Pfaffenweiler und Rietheim. Auch das anskizzierte Pilotprojekt „nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum“ verspricht eine interessante Perspektive. Aber es gibt auch die Schattenseite. Dazu zählt beispielsweise, dass die Zuschüsse derzeit sowohl beim Bau (sprich Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz [LGVFG]) als auch beim Betrieb (sprich Schülerbeförderungskosten [§ 45a Personenbeförderungsgesetz]) im Umbruch sind. Das ist reichlich viel auf einmal! Es wird deshalb zukünftig noch mehr als bisher darauf ankommen, dass unter den neuen Förderbedingungen der ÖPNV optimal geplant und betrieben wird. Wir finden es übrigens sehr bedauerlich, dass beispielsweise im Raum Bräunlingen – Wolterdingen - Hubertshofen das sehr fortschrittliche Rufbusangebot mangels Nachfrage teilweise wieder eingestellt werden musste.

Im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft möchte ich nur kurz die Grunderwerbssteuer ansprechen. Hier gibt es aus dem zuständigen Ausschuss die mehrheitliche Empfehlung, den Einnahmeansatz um 0,3 Mio. € anzuheben. Dieser Antrag ist vielleicht etwas optimistisch, aber für langjährige Kreistagsmitglieder keinesfalls überraschend! Was die Schlüsselzuweisungen betrifft, habe ich ja einleitend bereits erläutert, dass wir uns derzeit auf sicherem Boden bewegen. Deshalb ist der Vorschlag der Verwaltung angemessen, den Kreisumlagehebesatz um 1,4 Prozentpunkte abzusenken. Dies führt in absoluten Zahlen immer noch zu einer erhöhten Kreisumlage, schafft damit den notwendigen Raum für die geplanten Investitionen und gewährleistet darüber hinaus auch eine weitere Schuldentlastung. Der Verwaltungsvorschlag ist insgesamt ein sehr guter und ausgewogener Ansatz.

Ich komme zur Zusammenfassung:

1. Beim Thema Zukunftsfähigkeit liegt der Schwerpunkt der einschlägigen Diskussionen immer ganz stark auf „Technik“. Exemplarisch lässt sich dies sehr schön am Beispiel „Breitbandprojekt“ aufzeigen. Dabei wird jedoch leicht übersehen, dass die Verfügbarkeit von technischer Infrastruktur bestenfalls die Grundlage für erfolgreiches Wirtschaften und für eine attraktive Region sein kann. Denn über die Glasfaser kommen auch das globale Warenangebot, der neueste Film aus Hollywood oder die Lecker - Angebote des „Pizza-Express“ in die letzte Ecke des Landkreises. Der Tante-Emma-Laden, das Kleinstadt - Kino und selbst die gemütliche Gastwirtschaft um die Ecke haben bei dieser Konkurrenz einen schweren Stand. Im Klartext: Solche und viele andere Dinge sind äusserst ambivalent. Es gibt keine Einbahnstrasse nach dem Motto: Wir bauen uns jetzt die schnelle Strasse in die grosse weite Welt. Denn die grosse weite Welt kommt dann auch - ruckzuck - in unser kleines Dorf. Und zwar mit der Charakteristik einer Dampfwalze! Das wird nur gut gehen, wenn wir hier im ländlichen Raum auch zukünftig engagierte Leute mit einer Menge guter Ideen und mit noch mehr kreativem Potential haben. Deshalb ist uns dieser „menschliche Faktor“ - auch im Rahmen der Demografiediskussion – stets so wichtig. Aber das waren schon immer Dinge, die nur bedingt im Kreishaushalt abgebildet werden können.
2. Was steht also sonst drin? Bei Verwaltung zu Vermögen steht es 9:1. Der Verwaltungshaushalt wird dabei von den Ausgaben im Bereich der „sozialen Sicherung“ dominiert. Hierbei ergeben sich durch Kostenübernahmen des Bundes mittlerweile zwar einige Entlastungseffekte. Die absehbare weitere Kostenentwicklung wird jedoch dazu führen, dass der Landkreis und damit auch die Gemeinden auf Basis der derzeitigen Kreisumlagefinanzierung mittel- und langfristig überfordert sein werden. Derartige Kosten sollten deshalb zunehmend durch allgemeine Steuermittel gedeckt und direkt vom Bund getragen werden. Was die stark gestiegene Zahl von Asylbewerbern anbetrifft, kann ich der Verwaltung die volle Unterstützung unserer Fraktion zusichern. Dies betrifft Kosten wie Inhalte. Wir sollten im Sinn einer guten Entwicklung auch versuchen, die Menschen im Landkreis konstruktiv in die Betreuung der Asylbewerber einzubinden.
3. Im Schulbereich haben wir den Rückstand bei der Instandhaltung der Gebäude zwischenzeitlich ein gutes Stück aufgeholt. Die Thematik verschiebt sich jetzt zunehmend wieder zu inhaltlichen Fragestellungen und mündet damit unweigerlich in eine umfassende Schulentwicklungsplanung. Beim Internat der Landesberufsschule besteht hinsichtlich der Weiterentwicklung ebenfalls Klärungsbedarf. Die

Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung werden dann vermutlich auch wieder Rückkopplungen auf die Gebäudestrukturen haben.

4. Nach unserer Einschätzung betreiben wir im Bereich „Strassen - Infrastruktur“ unsere Kernaufgabe, nämlich den Unterhalt der Kreisstrassen, mittlerweile mit Augenmass. Bei übergeordneten Projekten und daran gekoppelten politischen Forderungen ist diese Verhältnismässigkeit jedoch nicht immer gegeben. Insgesamt besteht bei vielen Grossprojekten im Verkehrsbereich die Gefahr von Fehlinvestitionen und von nicht mehr finanzierten Kostensteigerungen. Selbst bei nur mittelbarer Beteiligung sehen wir dies mit Besorgnis. Eine selbstkritische Bedarfsanalyse vor Planungsbeginn sowie ein striktes Controlling während der Bauzeit sind deshalb unbedingt erforderlich. Auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen im Förderbereich sollte ebenfalls frühzeitig eingegangen werden. Nicht zuletzt erwarten wir auch weitere Anstrengungen im Bereich nachhaltiger Mobilität.
5. Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2014 sind gut. Es können viele Investitionen getätigt werden, beispielsweise für den Neubau der integrierten Rettungsleitstelle beim Klinikum oder auch für den Neubau der Strassenmeisterei Hüfingen. Auch viele kleinere Projekte wie die Unterstützung für den Narrenschopf in Bad Dürrheim, die weitere Sanierungsrate für die Museumsbahn in Blumberg, der Zuschuss für pro familia oder auch z.B. der verlässliche Betriebskostenzuschuss für das Kreistierheim in Donaueschingen sind Indikatoren dafür, dass es vom Kreistag nicht nur guten Willen, sondern auch Geld gibt. Richtig ärgerlich sind für uns vor allem der jahrelang notwendige Verlustausgleich für die PROTEC in Orsingen und der immer noch nicht beglichene Schaden im Zusammenhang mit der Hangrutschung auf der Kreismülldeponie Tuningen. Abgesehen vom Dauerbrenner „Wertstofftonne“ gibt es aus unserer Sicht im Bereich des Abfallwirtschaftsamtes sonst jedoch keine gravierenden Themen, die im Rahmen dieser Haushaltsrede angesprochen werden müssten.
6. Die Verwaltung hat mit ihrem Haushaltsentwurf einen ausgewogenen Vorschlag für die Ausgabenseite, für die Kreisumlage und für die Schuldentlastung gemacht, der durch die Ausschussberatungen nur unwesentlich modifiziert wurde. Risiken für den Haushalt liegen aus unserer Sicht vor allem im Bereich der sozialen Sicherung sowie im Bereich der Bau- und Infrastrukturausgaben. In die letztgenannte Kategorie fällt nach unserer Einschätzung übrigens auch die Schlussrechnung für den Neubau des Zentralklinikums. Wir hoffen, dass nach dem erfolgreichen Umzug und der Inbetriebnahme des neuen Hauses auch bei diesem Punkt bald Klarheit besteht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Haushalt 2014 zustimmen.

Ich möchte es an dieser Stelle nicht versäumen, im Namen unserer Fraktion dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen recht herzlich zu danken. Danken möchte ich im Namen unserer Fraktion auch allen Mitgliedern des Kreistags. Wir schätzen es, dass hier im Kreistag eine gute Diskussionskultur besteht und in den vergangenen Jahren fair miteinander umgegangen wurde. Bei den anstehenden Kommunalwahlen im Mai 2014 dürfte es für politisch Interessierte durchaus entscheidend sein, in welcher Tonlage und auf welchem Diskussionsniveau die Entscheidungen hier im Kreistag zustande kommen. Vielleicht führt dies auch dazu, dass sich der Eine oder Andere hier zukünftig selbst einbringen will.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
8 Seite(n), 2698 Wörter, 17554 Zeichen